

SPD steht bei Straßencafé-Gebühr allein

Sondernutzung der Straßen soll für Außengastronomie Geld kosten, schlägt Stadtverwaltung vor.

Von Karsten Mittelstädt

Eigentlich war das Thema schon vor fast genau zwei Jahren abgehakt: Gebühren, die Gastronomen zahlen sollen, wenn sie ihre Gäste draußen bewirten und damit städtische Flächen wie Bürgersteige und Plätze in Anspruch nehmen. Ein entsprechender Antrag war im März 2015 abgelehnt worden, kam jetzt aber wieder im Haupt- und Finanzausschuss auf den Tisch.

SPD-Fraktionsvorsitzender Jochen Bilstein fragte bei der Verwaltung nach, wann denn mit einer entsprechenden Vorlage der Verwaltung gerechnet werden könne. Die Verwaltung hat die SPD-Fraktion auf ihrer Seite. „Wir möchten das möglichst noch vor der Sommerpause regeln“, sagte Kämmerer Bernd Hibst.

Für die SPD wäre eine solche Gebühr nur gerecht. Die Sportvereine müssen für die Hallennutzung bezahlen, warum die Gastronomie nicht? „Das sind Unternehmen mit



Noch hat die Saison nicht begonnen. Aber schon jetzt diskutieren die Politiker über eine mögliche Gebühr für die Außengastronomie. Die Mehrheit ist aber eindeutig dagegen.

Foto: Draheim

Wf 493.

Lösung für neues Hallenbad und Kunstrasen gesucht

Die Politik wird den Vorschlag der Stadt diskutieren, im Eifgen ein Bad zu bauen. Gleichzeitig gibt's aber den Beschluss für einen Kunstrasen. Wäre beides im Eifgen möglich?

VON SEBASTIAN RADERMACHER

WERMELSKIRCHEN Die politischen Fraktionen werden sich mit dem Vorschlag der Stadtverwaltung auseinandersetzen, im Eifgen auf der Fläche des oberen Aschenplatzes ein neues Hallenbad zu errichten. Gleichzeitig nehmen sie aber auch die Kritik der Vereine ernst, die auf den Ratsbeschluss verweisen, dort ein Kunstrasenspielfeld zu bauen. Das ist Tenor einer BM-Umfrage bei den Fraktionsvorsitzenden.



CDU „Es ist eine schwierige Situation, für die wir eine Lösung finden müssen“, sagt Christian

Klicki. CDU-Fraktionsmitglied Karl-Heinz Wilke habe den Vorschlag gemacht, zu prüfen, ob statt des Aschenplatzes der Naturrasen im Eifgen in ein Kunstrasenfeld umgewandelt werden könnte. Klicki: „Dann könnte man die Bewirtschaftungskosten für den Rasenplatz sparen. Man müsste natürlich prüfen, ob das wirtschaftlich wäre.“



SPD Die SPD hält von der Idee, ein Bad im Eifgen zu bauen, „sehr viel“, wie Jochen Bilstein mitteilt.

„Wir stehen aber mit dem Kunstrasen-Beschluss im Wort. Wir müssten also eine Lösung finden, wo für den wegfallenden Aschenplatz ein Standort für Kunstrasen oder ‚Grüne Asche‘ sein könnte“, sagt Bilstein. Es sei richtig, einen zweiten Kunstrasenplatz zu errichten, der möglichst zentral liegen sollte. Bilstein: „Hallenbad- und Kunstrasen-Bau muss man im Paket sehen. Ich bin optimistisch, dass wir eine Lösung finden werden.“



Büfo Oliver Platt möchte beide Projekte voneinander trennen. „Der Ratsbeschluss zum Kunstrasen im Eifgen

kam zu früh“, meint er. Man müsse prüfen, ob es von den Kosten her sinnvoll ist, den Aschenplatz oder doch eher den Naturrasen in Kunstrasen umzuwandeln. Letzteres sei eine Überlegung wert. „Dann spräche theoretisch auch nichts dagegen, oberhalb ein Hallenbad zu bauen“, sagt Platt. Zunächst einmal sollten sich die Fraktionen jedoch abstimmen und über die verschiedenen Möglichkeiten beraten.



FDP Jürgen Manderla hält es für die bessere Lösung, im Eifgen statt des großen Aschenplatzes den Naturrasen in ein Kunstrasenspielfeld umzuwandeln. „Der Rasenplatz ist in der Unterhaltung exorbitant teuer“, begründet er. Der jetzige Ratsbeschluss (die

FDP hatte dagegen gestimmt bzw. sich enthalten) sehe oben im Eifgen einen teuren Kunstrasen- und unten einen teuren Rasenplatz vor. Die FDP sei für einen Kunstrasenplatz an diesem Standort, allerdings erst nach dem Haushaltsausgleich 2020. Manderla kann die Angst der Sportler nachvollziehen, dass irgendwann der Aschenplatz nicht mehr zur Verfügung stehen könnte und der Rasenplatz häufig gesperrt sei. Ein neues Hallenbad im Eifgen sei ein mehr als guter Kompromiss. „Wermelskirchen braucht ein neues Hallenbad, auch wenn wir es uns eigentlich nicht leisten können“, sagt Manderla.



Grüne Stefan Janosi schlägt vor, alle Beteiligten – auch die betroffenen Sportvereine – an einen Tisch zu holen und dann über die verschiedenen Optionen und mögliche Alternativen zu diskutieren. Den Bau eines zweiten Kunstrasenplatzes sieht er zurzeit

immer noch skeptisch: „Mir erscheint die Finanzierung nicht gesichert“, sagt er.



WNKUWG Die Fraktion stimmt der von den Vereinen geäußerten Kritik komplett zu. Der Rasenplatz könne laut Aussage der Stadt wegen Beschattung, Untergrund und Laubeintrag nicht in einen Kunstrasen umgewandelt werden. „Also bleibt für Kunstrasen nur der obere Eifgenplatz“, betont Henning Rehse. Seit Jahren sei das Gelände der alten Realschule bis hin zum Krankenhaus als Bad-Standort in der Diskussion. Das neue Bad solle ein Sport-, Familien- und Gesundheitsbad werden. „Synergieeffekte mit dem Krankenhaus, integrierte Konzepte und Fördermöglichkeiten sind zu erarbeiten“, fordert Rehse. Die Verwaltung solle Beschlüsse beachten, Fakten akzeptieren und das Gelände zwischen Neuschäferhöhe und Königstraße umfassend betrachten.

BH 10.02

ANALYSE Die Diskussion über den Standort für ein neues Hallenbad nimmt Fahrt auf. Und gleichzeitig wird sie vermischt mit den Plänen für einen Kunstrasenplatz. Wird erneut ein politischer Beschluss über den Haufen geworfen? Die Vereine fühlen sich zu Recht verschaukelt.

Das Hin und Her der Politiker muss ein Ende haben

VON SEBASTIAN RADERMACHER

WERMELSKIRCHEN Es war eine politische Entscheidung, mit der sich die betroffenen Sportvereine solidarisch zeigten: Der zweite Kunstrasenplatz nach dem Höferhof in Dabringhausen soll im Eifgen – auf der Fläche des großen Aschenplatzes – gebaut werden. Das beschloss der Stadtrat im vergangenen Jahr mehrheitlich mit Stimmen von CDU, SPD und WNKUWG. Hat

jetzt? Wird nach dem Durchfahrtsverbot in der Telegrafienstraße der nächste politische Beschluss wieder über den Haufen geworfen? Während die WNKUWG diesmal bei ihrem Standpunkt bleibt (Kunstrasen statt Aschenplatz im Eifgen, neues Hallenbad Nähe Krankenhaus), sieht es bei CDU/SPD anders aus.

Die beiden größten Fraktionen hatten vor einem Jahr den Vorschlag der Verwaltung, die Fläche des oberen Aschenplatzes im Eifgen für ein

neues Bad zu sichern und dort keinen Kunstrasenplatz zu errichten, abgelehnt und ihren Antrag für einen Kunstrasenplatz statt des Aschenplatzes durchgeboxt.

Ein Jahr später trägt die Verwaltung ihren Vorschlag ein zweites Mal vor, und plötzlich wird dieser von CDU und SPD ernsthaft in Erwägung gezogen. Der damalige Beschluss steht auf der Kippe. Wie kann man dem Wähler – diesmal vor allem den Sportvereinen – einen

solchen Sinneswandel erklären? Dieses Hin und Her muss ein Ende haben, die Politiker müssen klar sagen, wofür sie stehen – und zwar von Beginn an. Die Vereine fühlen sich zu Recht verschaukelt, allen voran der SV 09/35. Auch CDU und SPD wussten vor einem Jahr, dass die Stadt das Eifgen als Bad-Standort favorisiert, gestört hatte es sie anscheinend nicht. Und jetzt rudern sie zurück. Die aktuellen Überlegungen statt des Aschenplatzes wo-

möglich den Rasenplatz durch Kunstrasen zu ersetzen, hätten vor einem Jahr diskutiert werden müssen – vor dem Beschluss. So gibt es jetzt eine neue Baustelle, die den Zeitplan gehörig durcheinanderwirbeln könnte. Diese Entwicklung wirft wieder einmal kein gutes Licht auf die Wermelskirchener Kommunalpolitik. Die Fraktionen müssen nun gemeinsam einen Weg aus dieser unnötig misslichen Lage finden. Sonst gibt es am Ende nur Verlierer.

dem Ziel, Gewinn zu erwirtschaften“, sagte Bilstein. Es sei nicht einzusehen, dass gemeinnützige Vereine mit ehrenamtlich tätigen Mitgliedern für die Nutzung städtischer Einrichtungen zahlen müssen, Wirtschaftsunternehmen aber nicht. Er wünschte, dass die Verwaltung das Thema in 2018 in Angriff nehme.

Die ist aber schneller als Bilstein wünscht. Der Aufwand, die Gebühr zu erheben, sei gering, glaubt Bernhard Schulte. „Die Flächen, für die gezahlt werden müsste, stehen doch schon fest.“, sagte er. Das bestätigte Hibst. Die Stadt verfügt bereits über eine Liste mit so genannten Sondernutzungsflächen. „Der Arbeitsaufwand, die Gebühr zu erheben, wäre

überschaubar“, sagte der Kämmerer und ergänzte: „Wir möchten angesichts der Haushaltssituation nur ungern auf Einnahmen verzichten.“

„Was wäre die Folge der Gebühr? Das Eis wird teurer.“

Jürgen Manderla, FDP

Der CDU widerstrebt die neue Diskussion über die Gebühr für die Außengastronomie. Sie hatte die Einführung bereits 2015 abgelehnt. „Stellen Sie doch einen entsprechenden Antrag“, forderte Martin Bosbach (CDU) Bilstein auf, in Erwartung, die gleichen Mehrheitsverhältnisse vorzufinden

wie 2015. Damals lehnte die große Ratsmehrheit die Gebühr ab. Und dabei werde die CDU wohl auch bleiben, wie Christian Klicki gestern noch einmal bestätigte. „Die Gastronomen werden ja schon zusätzlich durch höhere Gewerbesteuer belastet, zum Teil auch durch höhere Grundsteuer. Ist eine solche Gebühr, durch die die Gastronomie wahrscheinlich ihre Preise erhöhen muss, wirklich zum Wohle der Stadt?“, fragt Klicki.

Bevor die Verwaltung möglicherweise umsonst tätig wird, schlug Henning Rehse (WNK UWG) vor, sollte der Ältestenrat darüber reden. „Dort können die Fraktionen Signal geben, wie sie dazu stehen.“ Das dürfte überflüssig sein. Es

scheint keine Mehrheit für die von der SPD geforderte Gebühr zu geben. „Der Aufwand ist gegenüber dem zu erwartenden Betrag zu hoch“, sagt Oliver Platt (Büfo). „Ich bin froh, wenn Gastronomen mit Straßencafés die Attraktivität der Stadt erhöhen“, ergänzt er. Ähnlich sieht das auch Henning Rehse. Die WNK UWG werde bei ihrer Ablehnung bleiben. Und auch die FDP will bei dem Thema Zurückhaltung üben. „Die Gastronomen haben es meist ohnehin nicht einfach, und was wäre die Folge? Das Eis wird teurer“, sagt Fraktionsvorsitzender Jürgen Manderla.

Und auch bei den Grünen, die sich 2015 enthalten haben, findet die SPD keinen Partner

GASTRONOMIE

GEBÜHR Während nahezu jede Großstadt Gebühren verlangt, wenn Gastronomen öffentliche Flächen nutzen, um ihre Kunden zu bewirten, ist die Gebühr in Kleinstädten eher selten.

In Remscheid wird eine Gebühr erhoben, in den Städten Radevormwald, Burscheid und Hückeswagen dagegen nicht.

bei dem Thema. Es gibt Argumente dafür und dagegen. „Ich halte das nicht für sinnvoll, wenn überhaupt, dann könnten Gebühren bei größeren Veranstaltungen erhoben werden.“

» Standpunkt

SPD fordert erneut Gebühren für die Außengastronomie

Nachdem ihr Antrag vor zwei Jahren abgelehnt wurde, starten die Sozialdemokraten jetzt einen neuen Anlauf.

BH 08.03

WERMELSKIRCHEN (ser) Müssen die Gastronomen in Wermelskirchen für die Außenbereiche ihrer Betriebe in Zukunft doch Gebühren bezahlen? Die SPD Wermelskirchen startet einen weiteren Versuch, eine solche Gebühr in Wermelskirchen einzuführen. „Vereine zahlen ja auch für die Nutzung der Hallen – ein solches Rechenmodell für die Außengastronomie müsste doch leicht zu erstellen sein“, sagte SPD-Fraktionsvorsitzender Jochen Bilstein im Haupt- und Finanzausschuss.

Damit lenkte er den Fokus wieder auf ein Thema, das die Politiker im März 2015

mehrheitlich abgelehnt hatten. Damals lehnten bis auf die Linken alle Fraktionen (bei Enthaltung der Grünen) den Antrag ab. Jetzt gehen die Sozialdemokraten erneut in die Offensive. „Ein Café- oder Gaststättenbetreiber ist ein Unternehmer, der Gewinn erwirtschaften möchte“, sagte Bilstein im Fachausschuss. In vielen anderen Städten funktioniert es mit einer „moderaten Gebühr“ für Außengastronomie – warum nicht in Wermelskirchen?

Zustimmung erhielt er von Kammerer Bernd Hibst, denn eine solche Gebühr generiere zusätzliche

„Ein Café- oder Gaststättenbetreiber ist ein Unternehmer, der Gewinn erwirtschaften möchte“

Jochen Bilstein
SPD-Fraktionsvorsitzender

Einnahmen für den städtischen Haushalt. Laut Hibst liegt der Verwaltung eine Liste mit allen angemeldeten und genehmigten Sondernutzungen (dazu zählt die Außengastronomie) vor. Es sei kein großer Aufwand, konkrete Zahlen für eine Außengastronomie-Gebühr vorzulegen. „Wir wollen ungern auf eine solche leicht zu erhebende Gebühr verzichten, es wäre auch nur ein kleiner Teil des Gewinns, der den Betreibern abgezogen wird“,

sagte Hibst. „Hoffentlich gelingt es, noch in diesem Jahr über eine solche Gebühr ein paar Euro einzunehmen.“

Henning Rehse
(WNKUWG)

schlug vor, das Thema zunächst mit den Fraktionsvorsitzenden und der Verwaltungsspitze im Ältestenrat zu diskutieren und abzuwarten, wie sich die Fraktionen positionieren. „Wenn die Mehrheit die Gebühr nicht will, kann sich die Verwaltung viel Arbeit sparen“, sagte er. Martin Bosbach (CDU) verwies auf den SPD-Antrag von vor zwei Jahren. „Damals wurde die Gebühr abgelehnt. Die SPD kann gerne einen neuen Antrag stellen, über den dann erneut abgestimmt wird.“ Wie dieses Thema weiter verfolgt wird, blieb im Ausschuss unklar.

Keine Gebührenerhöhung für Hallen bis zur Wahl 2020 ^{WGA 1502}

VON STEPHAN SINGER

WERMELSKIRCHEN Bis zur nächsten Kommunalwahl im Jahr 2020 wird es keine Erhöhung der Hallennutzungsgebühren für die Wermelskirchener Sportvereine geben. Darauf hätte sich die Politik fraktionsübergreifend verständigt, verkündete der Vorsitzende des Ausschusses für Sport, Freizeit und Tourismus, Karl-Heinz Wilke (CDU), bei der Verleihung des Sportabzeichens durch den Stadtsportverband.

Die Vereine müssen sich demnach über die ursprünglich geplante Erhöhung um 40.000 Euro vorerst keine Sorgen machen. „Wir Kommunalpolitiker haben die Sportler und Vereine in den vergangenen Jahren nicht immer so gewürdigt, wie sie es verdient hätten“, sagte Karl-Heinz Wilke.

Allerdings: Das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2017 und 2018 – der Doppelhaushalt befindet sich gerade in der Beratung – sieht sehr wohl Einnahmen für die Stadt aus den Hallennutzungsgebühren von 30.000 Euro jährlich vor. Zuletzt hatte die Stadtverwaltung die Nutzungsgebühren für die Sporthallen aufgrund der Belegung mit Flüchtlingen ausgesetzt. Jetzt müssen die Vereine aber wieder zahlen.

Auf Nachfrage unserer Redaktion meinte das Mitglied der SPD-Fraktion im Stadtrat, Norbert Galonska,

der ebenso Vorsitzender des TuS Wermelskirchen ist, dass er sich durchaus eine Abschaffung der Hallennutzungsgebühren vorstellen könnte. „Eine Diskussion um die Gebühren hat der Vorsitzende des Stadtsportverbandes, Klaus Junge, berechtigt angeschoben. Die Hallen sind schäbiger als je zuvor. Allerdings gibt es für eine komplette Abschaffung oder Aussetzung der Gebühren keinen formellen Beschluss.“ Zurzeit stünden 30.000 Euro an Einnahmen im Haushalt, die vor dem endgültigen Beschluss entfernt werden müssten. „Dann müssen Vorschläge zum Ausgleich her. Ich kann mir Nutzungsgebühren für Außengastronomie vorstellen. Oder Parkgebühren für die Mitarbeiter im Rathaus, denen im Moment eine Etage kostenfrei im Parkhaus des Bürgerzentrums zur Verfügung steht – in anderen Städten müssen die Mitarbeiter dafür zahlen.“

„Einen Vorschlag für die komplette Abschaffung der Hallennutzungsgebühren gibt es nicht. Zurzeit sind die Leistungen für diese Gebühren grottenschlecht – alleine der Zustand der sanitären Anlagen. Vorbehaltlich eines Beschlusses könnte ich mir vorstellen, dass unsere sportfreundliche Fraktion so eine Idee mittragen würde“, sagte der Vorsitzende der WNKUWG-Fraktion, Henning Rehse.

Loches-Platz: Entwürfe überzeugen Politiker

Die Verwaltung prüft jetzt, ob die Pläne dem vorher vereinbarten Kriterienkatalog entsprechen.

Von Anja Carolina Siebel

Der erste Eindruck, den die Loches-Platz-Entwürfe hinterlassen haben, ist zumindest schon mal positiv. Das gilt wohl nach ersten Einschätzungen fraktionsübergreifend. Wenn die Ortspolitiker innerhalb ihrer Fraktionen auch noch nicht umfassend debattiert haben, so gibt es doch einen eindeutigen Tenor: „Kann man mit leben.“

„Die Architekten haben allesamt tolle Arbeiten abgeliefert“, sagt Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender der WNK/UWG. Erst einmal „aus dem Bauch“ heraus, denn er habe die Pläne, die die vier Investoren am Montag im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr (StuV) öffentlich machten, für seine Fraktionskollegen erst zur Ansicht in einer Dropbox hinterlegt.

Diskutieren wolle man auch innerhalb der SPD-Fraktion später, teilt deren Vorsitzender Jochen Bilstein, der erst gestern aus dem Urlaub heimkehrte, mit. „Wichtig ist uns



Beigeordneter Dr. André Benedict Prusa und sein Team beraten die Bürger zu den Plänen im Rathaus.

Foto: Roland Keusch

aber, dass wir den Zeitplan einhalten und tatsächlich am 22. Mai auch klar Stellung beziehen können.“ Für diesen Tag beraumen Stadt und Politik eine Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung ein. „Bis dahin haben wir die Matrix, wie wir das nennen, abgearbeitet“, kündigt der städtische Beigeordnete Dr. André Benedict Prusa an.

„Harte Kriterien“ sind für Stadt nicht diskutabel

Als „Matrix“ werde intern der Kriterienkatalog bezeichnet, der bereits vor gut einem Jahr erarbeitet wurde. Prusa: „Darin enthalten sind natürlich auch harte Kriterien, die nicht diskutabel sind.“ Dazu gehöre beispielsweise die Frage, ob

der Platz in seiner Beschaffenheit für den tonnenschweren Bau eines Park-, Dienstleistungs- und Wohnkomplexes geeignet sei. Aber es gibt auch „weiche“ Kriterien, über die die Kommunalpolitiker später noch diskutieren können. Dazu gehören zum Beispiel die Gebäudestruktur oder die städtebauliche Kompatibilität. Auch die Bürgermeinung soll mit einfließen. „Das war uns wichtig“, sagt Randolph Schmidt, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion. Auch bei der Union herrscht Optimismus ob der weiteren Entwicklung: „Es gibt jetzt vier wirklich diskutabel Entwürfe.“

Jürgen Manderla (FDP-Fraktion) würde sich sogar überlegen, „eine Wohnung am Lo-

ches-Platz zu kaufen“. Begeistert zeigt sich auch Oliver Platt (BüFo) von den Plänen. „Damit spreche ich auch für unsere Fraktion. Ich freue mich richtig, nachdem ich die Pläne gesehen habe.“ Positiv sei, „dass wir uns jetzt nicht zähneknirschend mit der Faust in der Tasche für eine Sache entscheiden müssen, sondern die Wahl zwischen wirklich attraktiven Alternativen haben.“

Für das BüFo sei allerdings die Parkplatzsituation zu berücksichtigen: „Wir dürfen die Händler in der Innenstadt nicht außer acht lassen, deren Kunden auf gute Parkmöglichkeiten auch weiterhin angewiesen sind.“

Auch Stefan Janosi (Bündnis 90/ Grüne) zeigt sich nach der

ersten Durchsicht der Entwürfe zufrieden: „Man sieht, dass sich die Architekten Gedanken gemacht haben“, sagt er. Wie Jochen Bilstein hofft er auf eine rasche Abwicklung. „Ich hoffe, dass wir uns bei den Verhandlungen jetzt nicht noch mehr Stöcke in die Speichen schmeißen und uns an Kleinigkeiten festbeißen.“ Dazu gehören für Janosi auch einige Diskussionspunkte bezüglich der großen Herbstkirmes auf dem Loches-Platz: „Wir sind als Fraktion ganz sicher keine Kirmesverhinderer. Aber die Frage, ob eine Pommesbude oder ein Karussell mal wegfällt, sollte nicht entscheidend für die die Wirtschaftlichkeit und Attraktivität der Innenstadt sein.“

» Standpunkt

HINTERGRUND

PLANUNG In einer Sondersitzung am 22. Mai will der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr die Auswahl für den bevorzugten Bieter treffen. Es folgen Detailverhandlungen. In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (3. Juli), beziehungsweise des Rates am 10. Juli, wird es dann bezüglich des Kaufvertrages ernst. Nach dem eventuell erfolgten Beschluss folgt das Baugenehmigungsverfahren. Den ersten Spatenstich am Loches-Platz plant die Stadtverwaltung derzeit für den März des Jahres 2018.

Freie Wähler haben Fragen zu Unfallserie

1/6 A 20.03.

Die Gruppe „Freie Wähler“, zu der auch die Wermelskirchener WNK/UWG gehört, richtet sich bezüglich der Unfallserie auf der A 1 an den Landrat. Für die Kreistagssitzung am 23. März will Gruppensprecher Werner Conrad einige Fragen beantwortet haben. „Bedauerlicherweise entfaltet die von Teilen der Politik allein aus ideologischen Gründen hochgelobte und begrüßte stationäre Geschwindigkeitsmessanlage auf der A 1 hinter Burscheid ihre Wirkung nicht in Bezug auf das zugesagte Mehr an Sicherheit, sondern füllt offenbar nur die Kreiskasse“, heißt es in dem Schreiben. Die Freien Wähler sehen den Stau als Ursache für die Unfälle, nicht die Geschwindigkeiten der Autofahrer: „Auch wer mit 50 km/h unter einen stehenden LKW fährt, hat keine Chance.“ Wann das zweispurige Abbiegen auf die A 3 möglich sei, um den Rückstau aufzulösen, wollen die Ortpolitiker zudem wissen. Eine stationäre Geschwindigkeitsmessanlage sei nicht die Antwort auf ein variables Stauende. Zudem stelle sich die Frage, ob der Kreis in den Besprechungen und Behördenterminen, die das Thema „Unfälle auf der A 1“ behandeln, vertreten sei. acs

A1-Unfälle: Wann reagiert der Kreis?

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Mit scharfen Worten attackiert jetzt das Wermelskirchener Kreistagsmitglied Henning Rehse (Freie Wähler) den Rheinisch-Bergischen Kreis – und prangert die unzureichenden Zustände auf der Autobahn 1 zwischen Burscheid und Leverkusener Kreuz an. Wann endlich werde der für die Unfälle verursachende Lkw-Stau bekämpft und nicht der Fokus auf die vermeintlich überhöhten Geschwindigkeiten der Autofahrer gelegt?, so Rehse. Er fragt für die Kreistagssitzung an, ob der Kreis in den Gremien sitze, wo diese Themen rund um die Sicherheit besprochen würden?

BM 20.03.

Unfälle auf A 1: Keine Lösung in Sicht WGA 25.03

In der Kreistagssitzung am Donnerstagabend gab es keine Lösung für die sich häufenden Unfälle an der Autobahn 1. Die Freien Wähler hatten als Reaktion auf die Unfallserie – in diesem Jahr kamen bereits drei Menschen um, mehrere verletzt – eine Anfrage gestellt. Sie bemängeln, dass der Fokus nur auf überhöhte Geschwindigkeiten gelegt werde – auf der A 1 hinter Burscheid wurde ein Blitzer aufgestellt – die aber nicht Ursache für die Unfälle sei, und forderte eine zweispurige Abbiegemöglichkeit auf die A 3, um den Rückstau aufzulösen.

In der Kreistagssitzung wurde das Thema abgewunken. Nicht der Kreistag, sondern die Unfallkommission sei zuständig – hier beraten sich die Bezirksregierung Köln, Straßen NRW und die Polizei.

Henning Rehse von der WNK/UWG kündigte an, dass die freien Wähler nun das Gespräch mit der Verkehrskommission Rein-Berg suchen wollen. Von der Kreistagssitzung zeigte sich der Wermelskirchener enttäuscht. lmh

Görnert soll Beigeordneter werden

CDU, WNK UWG, Bürgerforum und FDP haben sich auf einen Bewerber verständigt.

Von Nadja Lehmann

Ein gebürtiger Hesse, der jetzt im Brandenburgischen tätig ist, soll's richten: Stefan Görnert heißt der Bewerber, auf den sich CDU, WNK UWG, Bürgerforum und FDP geeinigt haben und der damit wohl die Nachfolge des 1. Beigeordneten Jürgen Graef antritt, der in den Ruhestand geht. In der Ratssitzung am Montag soll Görnert gewählt werden – dank des Bündnisses der vier bürgerlichen Fraktionen mit komfortabler Mehrheit.

„Wir sind darüber schon lange im Gespräch“, sagt CDU-Fraktionsvorsitzender Christian Klicki. Er zeigt sich überzeugt davon, dass Görnert die richtige Wahl sei: „Er hat eine beeindruckende Vita, er ist nicht einseitig fokussiert, hat Erfahrung. Von seiner bundesweiten Vernetzung kann Wermelskirchen nur profitieren.“

Der 52-jährige ist Amtsleiter im brandenburgischen Lübben

Der 52-jährige Görnert stammt aus Gießen und ist derzeit Amtsleiter für Bildung, Sport und Kultur in Lübben/Landkreis Dahme-Spreewald in Brandenburg. Er trägt an seiner jetzigen Wirkungsstätte



Stefan Görnert:
Auf ihn hat sich
das Bündnis als
neuen
Beigeordneten
geeinigt.
Gewählt werden
soll er am
Montag.

Foto: privat

Verantwortung für rund 100 Mitarbeiter. Daneben ist der Volljurist Stellvertreter des Dezernenten für Bildung, Kultur, Jugend, Soziales und Gesundheit. Bei der Industrie- und Handelskammer Berlin arbeitete Stefan Görnert von 1995 bis 1998 als Referent für Wirtschafts- und Steuerrecht. Bis 2009 war er als Leiter des Rechtsamtes im brandenburgischen Landkreis Ostprignitz-Ruppin als Führungskraft in der Kommunalverwaltung tä-

tig. Von 2010 bis 2015 war Stefan Görnert Büroleiter des Bundestagsabgeordneten und Staatsministers bei der Bundeskanzlerin, Dr. Helge Braun.

„Wir hatten gottlob eine Reihe von sehr guten Bewerbern“, sagt FDP-Fraktionschef Jürgen Manderla: „Aber die Goldmedaille kann nur ein Mal vergeben werden.“ Sein Eindruck: „In der Summe der Auftritte hat uns Stefan Görnert überzeugt, er kann seine Meinung vertreten, ein klares

Wort sprechen.“ Ein kleiner Fehler in Manderlas Augen: „Sein CDU-Parteibuch...“

Die „zweiwichtigste Position der Stadt“ sei damit gut besetzt, sagt Oliver Platt (Bürgerforum), und auch Henning Rehse (WNK UWG) zeigt sich angetan: „Sachkenntnis und Auftreten – das passt.“ Görnert werde „Kernaufgaben“ verantworten, sagt Rehse und nennt die Sekundarschule, den Neubau des Quellenbads sowie den Kunstrasen im Eifgen.